

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle nach dem Ausgabeort 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 50 Pf. zuzüglich Abtransport. Wochensatz 10 RM. 50 Pf. Alle Postgebühren sind zu zahlen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wochensatz 10 RM. 50 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 3-spaltige Reklamazeile im täglichen Teile 1 Reichsmark. Nachveröffentlichung 20 Reichsmark. Sonntags- und Feiertagsausgaben sind zu zahlen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 250. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640. Dienstag, den 25. Oktober 1927

## Streik-Ende.

(Von einem Wirtschaftspolitiker.)

Der Streik im Braunkohlengruben Mitteldeutschlands ist zu Ende und die Bergarbeiter haben mit überraschend großer Mehrheit den Schiedsspruch angenommen, den das Reichsarbeitsministerium dann für verbindlich erklärte. Wenn man will, so kann man von einem Sieg der Arbeiter sprechen, da sie ja in der Hauptsache das erreicht haben, was sie erkämpfen wollten. Das vielleicht merkwürdigste an diesem Streik war, daß die „gegnerische“ Seite, die Arbeitgeberseite, selbst von der Notwendigkeit überzeugt war, die Löhne zu erhöhen; sie sah aber keinen Weg, wie dies unter Vermeidung schwerer wirtschaftlicher Schäden geschehen könnte. Insofern haben die Verhältnisse in der mittel- und ostdeutschen Braunkohlenproduktion eine gewisse Ähnlichkeit damit, wie sich die Dinge im englischen Bergbau entwickelt haben: die Lohnhöhe stieg an die Grenzen der Rentabilität, konnte diese in England nur durch Überschreiten der Bergbau eine staatliche Unterstützung erhielt, und führte in dem Augenblick zur Katastrophe, als diese Subventionen eingestrichelt wurden. Da kam dann die rein wirtschaftliche Ausbalancierung der Kräfte, kam es zum Kampf zwischen „Kapital und Arbeit“, wobei die Arbeitnehmerseite unterlag.

Die Streikbeendigung in Deutschland ist eine tatsächlich zwangsmäßige gewesen, da die Verbindlichkeits-erklärung des Schiedsspruches den Streik sofort zu einem „Wilden“ macht und dadurch die beiden Seiten zur Nachgiebigkeit zwingt; aber eine wirkliche Lösung bedeutet das nicht. Denn sofort haben die beiden Braunkohlensyndikate, das mittel- und das ostdeutsche, bei der Regierung beantragt, den Reichslohnenrat und den großen Ausschuss des Reichslohnenrates zu einer Sitzung einzuberufen, um dort einen Antrag auf Preisserhöhung zu stellen. Ein zweites, nicht minder Merkwürdiges hat ja der Streik gezeigt: auch der größte Teil der Arbeiterschaft verhielt sich durchaus nicht der Erkenntnis, daß die Lohnsteigerung von einer ganzen Reihe der Gruben nicht getragen werden kann, wenn nicht eine Preisserhöhung erfolgt. Man weiß auch, daß die Stilllegung von Gruben stattfinden muß, wenn der Reichslohnenrat die Preis-erhöhung ablehnt, so wie er und das Reichswirtschaftsministerium es bisher taten.

Das geschah aus dem Grunde, weil die Erhöhung des Braunkohlenpreises fast automatisch die Heraushebung des Preises für Steinkohle und Holz herbeiführen müßte. Damit würde die schon an und für sich vorhandene Tendenz zu einer allgemeinen Preissteigerung auch deswegen einen starken Auftrieb erfahren, weil es überhaupt im Ruhrgebiet gärt, dort der Wunsch nach Lohnerhöhungen bereits sehr laut ausgesprochen wurde. Es würde in den bisher mühsam geschaffenen Damm ein derartig großes Loch gerissen werden, daß man kaum darauf hoffen kann, die Sturmflut der allgemeinen Preissteigerung aufzuhalten, die schon hier und da über den Damm hinüberfließt. Denn es ist ja nicht nur der „Hausbrand“, dessen Preissteigerung sich auf die Lebenshaltung von Millionen Klein- und Rinderbewohnern auswirken würde, sondern die Verwendung der Braunkohle als „Industriebrand“ hat ja nach dem Kriege und namentlich nach dem Ruhrkampf eine gewaltige Ausdehnung in alle Gebiete der Wirtschaft hinein erfahren. Erfolgt also eine Verteuerung dieses Rohstoffes für Wärme, Licht und Kraft, so gäbe das die vielerorts gar nicht zu vermeidende und berechtigte Begründung allgemeiner Preissteigerungen ab; ein Stein reißt dabei den anderen nach sich und der Sturz der Löhne ist nicht mehr aufzuhalten. Vorläufig besteht ja noch die Absicht, den Verbrauch dadurch eine Preissteigerung der Kohle zu ersparen, daß die Spanne zwischen dem Erzeugerpreis — der dann heraufgehoben würde — und dem Endpreis die neue Last tragen soll. Ob dies beim Stande unserer heutigen Gesetzgebung möglich ist, muß man bezweifeln; außerdem sind — im Gegensatz zum Steinkohlenhandel des Rohkohlenhandels — die Verhältnisse im Braunkohlen- und Breiweizenhandel so zerstückelt, um nicht zu sagen: zerfahren, daß hier ein einheitliches, Zeit, Geld und Arbeit ersparendes Zusammengehen oder Zusammengebrachten vorläufig eine Unmöglichkeit zu sein scheint.

Der deutsche Steinkohlenbergbau hat schwere, nur langsam sich schließende Wunden erlitten, ehe er den Weg weitestgehender Rationalisierung zurückgelegt hatte. Das alles wird wohl einem leider noch recht großen Teil der Braunkohlenwirtschaft auch nicht erspart bleiben. Vermieden werden muß eben — und dies gerade jetzt mehr denn je —, daß unter dieser Umorganisation die übrige deutsche Wirtschaft und damit das Millionenheer der Verbraucher allzu schwer leidet.

## Wiederaufnahme der Arbeit im Braunkohlenbergbau.

Nach Mitteilung der Zentralfreileitung ist die Arbeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau überall wieder aufgenommen worden. Der Vereinbarung, sämtliche Leute wieder einzustellen, ist nicht durchweg nachkommen worden. Zwischen den Betreibungsunternehmen und

## Deutschlands unbegrenzter Lebenswille

### Die Arbeitsenergie des deutschen Volkes.

Die Seele der Technik.

Bei einem Essen des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute in Berlin wurden bei den hierbei gehaltenen Neben-Gedanken über Arbeit, Postul und Wirtschaft niedergelegt, die über den Kreis der Veranstaltung hinaus auch für die breite Öffentlichkeit von Wichtigkeit sind. In seiner Begrüßungsansprache an die Gäste, zu denen Dr. Stresemann, Dr. Gehler, Admiral Jenter und zahlreiche andere bekannte Persönlichkeiten gehörten, kam Generaldirektor Dr. Böglers auf das in letzter Zeit schon öfter erörterte Thema Technik und Seele zu sprechen. Dr. Böglers wandte sich gegen die Behauptung, daß die Technik die Seele im Menschen töte. Wer der Technik den Vorwurf mache, sie habe selbst keine Seele, der müsse einmal miterleben, wenn ein Schiff vom Stapel laufe oder eine neue Maschine in Betrieb gesetzt werde. In letzter Zeit hätten zahlreiche, auch sozialistische, Arbeiter lebendiges Zeugnis der Arbeitsfreude abgelegt. Wenn die Eisenhüttenleute von dieser Tagung zu ihrer Arbeit zurückkehrten, müsse es um so mehr ihre Aufgabe sein, die Freude ihrer Kameraden und Mitarbeiter an der Arbeit zu erhöhen.

In seiner Erwiderung ging Dr. Stresemann auf die Ausführungen Dr. Böglers ein und verlangte, daß die Industrie auf die Schwächen ihrer Rüstung nehmen müsse, unter denen heute die Postul geführt würde. Es sei eine vollkommen irrige Auffassung, daß die Welt die Verhältnisse bereits überwunden habe, die sich aus Krieg und Nachkriegszeit ergeben haben. Gegenüber manchen Klagen über die Verhältnisse im heutigen Deutschland solle man aber nicht vergessen, daß die Entwicklung, die Deutschland in den letzten Jahren erlebt habe, ein Aufstiegs sei, der nur der Arbeitsenergie des ganzen Volkes zu verdanken ist. Die Philosophie der Arbeitsfreude, zu der Dr. Böglers sich bekannt habe, sei notwendig, um das auf engem Raum an Zahl größere Volk zu ernähren und vorwärtszubringen. Es sei er-

freutlich, daß die Arbeit auch von Arbeitnehmerseite nicht als Last, sondern als Lebensinhalt empfunden wird.

Für die Großmachstellung des deutschen Volkes seien vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu anderen Ländern maßgebend. Was hier angesichts der verlorenen Rohstoffquellen unter erschwerten Bedingungen geleistet worden sei, zeige den unbegrenzten Lebenswillen des deutschen Volkes.

## Deutschlands Innen- und Außenpolitik.

Ausführungen Dr. Stresemanns.

Bei einer Wahlkreisversammlung der schlesischen Wahlkreisverbände der Deutschen Volkspartei sprach Reichsaussenminister Dr. Stresemann auf einer Parteikundgebung in Görlitz. Er wies darauf hin, daß er nicht in erster Linie die außenpolitisch, sondern die gegenwärtige Allgemeinlage zum Mittelpunkt seiner Darlegungen machen wolle. Vom Standpunkt der gegenwärtigen Situation aus könnten wir ohne Zweifel gute Ergebnisse buchen: Rückgang der Arbeitslosigkeit und Zunahme der inneren Kaufkraft. Trotzdem könne man keineswegs die wirtschaftliche Gesamtlage als gesichert ansehen, im Gegenteil wären wir immer noch abhängig von ausländischer Kapitalversorgung. Hand in Hand mit der Besetzungsvorlage müsse eine weitgehende Verwaltungsreform gehen. Die Übernahme weiterer Lasten durch das Reichsschulgesetz könne nicht in Betracht kommen.

Weiter betonte Dr. Stresemann die Fortführung der Handelspolitik und die Bedeutung des Handelsvertrages mit Frankreich. Auch die Verhältnisse mit Polen dürften nach mehr als zweijährigen Verhandlungen nunmehr der Regelung. Zum Schluß erklärte Dr. Stresemann, daß die künftige Entwicklung in Deutschland wie bisher von den Parteien der Mitte bestimmt würde. Mit einem Appell an seine Parteifreunde, das liberale Bürgertum in den Städten wieder zu der alten Bedeutung zu bringen und einseitige Interessenforderungen hinter den großen Interessen der Allgemeinheit zurückzustellen, schloß der Minister seine Ausführungen.

Jedoch Verhandlungen im Gange, um diese Unstimmigkeiten — es handelt sich um einige Fälle im Senftenberger und Gottleben Neuber — zu beseitigen.

Wie von Arbeitgeberseite zu den Unstimmigkeiten über die Wiedereinstellung von Bergleuten mitgeteilt wird, hat der Arbeitgeberverband sich nur dazu verpflichtet und sich nur dazu verpflichten können, auf seine Mitglieder einzuwirken, alle Leute wieder einzustellen. Diefem Wunsch steht aber das Versprechen gegenüber, daß die Werke den während des Streiks neu eingestellten Arbeitern hegeben haben, sie bei Beendigung des Streiks nicht zu entlassen. Es ist aber zu hoffen, daß diese Unstimmigkeiten beigelegt werden.

## Noch keine Arbeitsaufnahme in Hirschfelde.

Dresden, 24. Oktober. Die Bergarbeiter im sächsischen Hirschfelde haben sich dem Beschluß ihrer Führer nicht gefügt. Sie streikten auch heute noch und sind mit Forderungen hervorgetreten, die bisher garnicht in Frage standen. Es ist jedoch anzunehmen, daß auch sie am Dienstag wieder mit der Arbeit beginnen, weil sie sich andernfalls aller ihrer Rechte begeben würden.

## Die Denkschrift des Reparationsagenten.

Kabinettsberatungen.

Ein Montag nachmittags in Berlin zusammengetretener Kabinettsrat beschäftigte sich mit Fragen der Reparation oder vielmehr mit der Ausbringung der Mittel dafür. Dabei stand natürlich das auffordernde Eingreifen des Reparationsagenten Parker Gilbert in die Beamtenbesoldungsreform im Vordergrund. Reichsfinanzminister Dr. Köhler berichtete über seine Verhandlungen mit dem Reparationsagenten. Die Beratungen des Kabinetts blieben im übrigen vertraulich. Man will aber erfahren haben, daß die Reichsregierung aller Voraussicht nach eine öffentliche Erklärung über den Einspruch Gilberts plant. Inzwischen konferiert der Reichsaussenminister weiter mit dem Reparationsagenten, aber man wußte Montag abend noch nicht, zu welchem Ende die Angelegenheit führen

wird, die natürlich besonders in den beteiligten Beamtenkreisen große Aufregung herbeigeführt hat, da die schon beschlossene Befoldungserhöhung einen Augenblick lang durch den Vorstoß Gilberts gefährdet erschien.

## Eine amtliche Erklärung.

Berlin, Ueber die heutige Kabinettsitzung wird folgendes Kommuniqué ausgegeben: Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Prüfung des kürzlich dem Reichsfinanzministerium von dem Reparationsagenten übermittelten Memorandum, zugleich nahm das Kabinett von den Darlegungen Kenntnis, welche der Reichsfinanzminister am 26. d. M. dem Hauptauschuß des Reichstages über die Finanzlage des Reiches machen wird.

## Eine Erklärung des preussischen Finanzministers zum Schritte Parker Gilberts

Berlin, 24. Oktober. Der Hauptauschuß des preussischen Landtages begann heute die Vorberatung des preussischen Befoldungsgesetzes. Der preussische Finanzminister Dr. Hoepfer-Alschoff gab zunächst auf Anfragen aus dem Ausschuss folgende Erklärung zum Schritte des Reparationsagenten Parker Gilbert ab:

Es ist durch die Veröffentlichung einer amerikanischen Zeitung bekannt geworden, daß der Reparationsagent dem Reichsfinanzminister ein Memorandum überreichte, in dem er zu den großen Fragen der Finanzpolitik des Reiches, der Länder und Gemeinden Stellung nimmt und im Zusammenhang hiermit auch die Frage der Befoldung berührt. Ich glaube nicht annehmen zu sollen, daß dieses Memorandum dazu führen könnte, daß die Befoldungsvorlage von der Reichsregierung etwa zurückgenommen werden würde. Ich nehme weiter an, daß der Reichsfinanzminister am Mittwoch bei der Beratung des Hauptauschusses des Reichstages zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen wird und halte es daher nicht für zweckmäßig, daß wir die Erörterung über die aufgeworfenen Fragen hier vertiefen.

Der Minister äußerte sich dann zum Befoldungsgesetz über die Deutungsfrage. Er habe sich im Reichskabinett zur Uebernahme von 120 Millionen Mark Ausgaben aus der Befoldungsordnung bereit erklärt, könne aber jetzt sagen, daß Preußen sogar 130 Millionen Mark für diese Zwecke zur Verfügung stelle. Für den Rest befragt, müsse jedoch das Reich beiseite eingreifen. Die starken Belastungen durch die Befoldungsvorlage würden von der preussischen Staatsregierung für tragbar erklärt. Der Landtag und sei-